

Liebe Leserinnen und Leser,\*

die ersten hundert Tage sind vorbei, und während die Bundesregierung sich über den Kurs streitet, wissen wir schon, wohin die Reise gehen soll: nach Karlsruhe. Grund ist der ZDF-Staatsvertrag, der – wie die sogenannte Causa Brender leider gezeigt hat – über die ZDF-Gremien den Zugriff von Seiten des Staates ermöglicht. Wir GRÜNE glauben, dass der ZDF-Staatsvertrag aus diesem Grund nicht verfassungskonform ist und den Grundsatz der Staatsferne für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verletzt. Wir haben deshalb nach der Causa Brender angekündigt, dass wir ein Normenkontrollverfahren anstreben. Mittlerweile ist die Anklageschrift durch den renommierten Mainzer Medienrechtler Prof. Dieter Dörr erstellt worden. Gemeinsam mit Prof. Dörr habe ich die Antragsschrift in Berlin vorgestellt. Jetzt sind wir damit auf hoher See und hoffen auf genügend Zustimmung. Mehr Infos dazu gibt es hier auf meinem Newsletter.

Dieser Newsletter soll jetzt zukünftig alle Interessierten über meine Arbeit informieren. Gerne könnt Ihr auch diesen Newsletter Anderen weiterempfehlen, zur direkten Anmeldung geht es hier:

<http://www.tabea-roessner.de/newsletter.html>

Herzliche Grüße aus Mainz

Tabea Rößner

\*\_Übersicht:\_\*

1. Top Thema : Normenkontrollverfahren für einen unabhängigen Rundfunk
2. Hauptstadtreport
  - Kein Sicherheitsrabatt bei AKWs: Demonstration vor dem Bundeskanzleramt
  - Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV-Regelsätzen
3. Medien aktuell
  - Was ist die Mediengebühr?
  - Unterausschuss Neue Medien eingesetzt
  - Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
  - N24: Nachrichten sind wichtig!
4. Vor Ort: Rheinland-Pfalz
  - Kampf um Solarförderung
  - Wahl des Verbandsbürgermeisters in Edenkoben
  - Erster grüner Bürgermeister
5. Zu guter Letzt...

\*1. \*\*Top Thema \*

\*Normenkontrollverfahren für einen unabhängigen Rundfunk

\*

Vergangene Woche habe ich in Berlin die Antragsschrift zum ZDF-Normenkontrollantrag vorgestellt. Das Ergebnis: Die bisherige Besetzung der ZDF-Gremien ist nicht staatsfern und verstößt damit gegen geltendes Recht. Im November letzten Jahres lehnte der ZDF-Verwaltungsrat unter der Führung von Roland Koch die Verlängerung von Nikolaus Brenders Vertrag als ZDF-Chefredakteur ab und setzte damit

eine Diskussion um die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Gang. Aus unserer Sicht ist die Zusammensetzung der ZDF-Gremien nicht verfassungskonform. Rundfunk muss staatsfern sein. Weiter lesen... <http://bit.ly/daa32R>

\*2. \*\*Hauptstadtreport\*

\* \*

\*Kein Sicherheitsrabatt bei AKWs: Demonstration vor dem Bundeskanzleramt

\*

Die Verhandlungen über die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke haben begonnen. Der Druck der Atomlobby auf die Regierung wächst. Bereits im Frühjahr könnte die Betriebserlaubnis des Altreaktors Neckerwestheim 1 auslaufen, nicht viel später wäre Biblis A dran. Das wollen die Betreiber EnBW und RWE mit aller Macht verhindern und drängen – unterstützt von Unions-Fraktionschef Volker Kauder – darauf, ausgerechnet den Weiterbetrieb ihrer ältesten Meiler zu sichern. Gegen den gefährlichen Atomkurs der Regierung Merkel demonstrierten grüne Abgeordnete am 21. Januar vor dem Kanzleramt, auch Tabea Rößner nahm an der Demo teil. Weiter lesen... <http://bit.ly/9eyX5K>

\*Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV-Regelsätzen

\*

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die derzeitigen Verfahren zur Ermittlung der Bedarfe und damit der Hartz IV-Regelsätze willkürlich und intransparent sind. Das höchste deutsche Gericht bestätigt damit unsere Position: Die Regelsatzleistungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene decken weder den Bedarf, noch sichern sie die Existenz. Tabea Rößner begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgericht in einer Pressemitteilung: „Die bisherige Regelung ist unsozial und realitätsfern. Eltern wissen: Kinder kosten nicht weniger Geld als Erwachsene, sondern mehr.“ Für die Ermittlung der künftigen Berechnungsgrundlage der Regelsätze fordern BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in einem Antrag an den Deutschen Bundestag eine unabhängige Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der Fachwissenschaft, den Wohlfahrtsverbänden sowie Vertreterinnen und Vertretern der Träger der Sozialhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe einzuberufen. Hier zum Antrag... <http://bit.ly/dlBCXw>

\*3. \*\*Medien aktuell\*

\*Was ist die Mediengebühr?

\*

Immer wieder kommen Diskussionen um eine Reform der Rundfunkgebühren auf. Wir GRÜNEN plädieren seit langem für eine Mediengebühr pro Haushalt und für alle Geräte. Mehr Infos über unser Modell hier... <http://bit.ly/bDV7JF>

\*

Unterausschuss Neue Medien eingesetzt

\*

Am 9. Februar 2010 wurde der Unterausschuss Neue Medien nach einem interfraktionellen Beschluss eingesetzt. Die Aufgaben des

Unterausschusses: „Der Unterausschuss kann sich im Wege der Selbstbefassung mit Themen aus dem Bereich der Neuen Medien beschäftigen und soll hierüber dem Ausschuss für Kultur und Medien Bericht erstatten. Daneben kann ihm der Ausschuss für Kultur und Medien Vorlagen zur weiteren Beratung zuweisen, die dem Ausschuss für Kultur und Medien vom Plenum überwiesen worden sind. Ziel ist, auf aktuelle Themen und Fragestellungen des Themenbereiches Neue Medien als Parlament zügig reagieren zu können.“ Besonders der letzte Aspekt war mir sehr wichtig, denn es steht zu befürchten, dass Union und FDP alle wichtigen Fragen rund um die Neuen Medien zukünftig nur noch in der noch zu gründenden Enquete-Kommission diskutieren möchten und dadurch eine Verzögerungspolitik bei wichtigen Fragen betreiben. Die genaue Sitzverteilung im Unterausschuss ist noch nicht klar, aber ich werde auf jeden Fall als Vertreterin der GRÜNEN im Unterausschuss sitzen und freue mich bereits darauf.

#### **\*Jugendmedienschutz-Staatsvertrag\***

Ein weiteres strittiges Medienthema ist zur Zeit der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Hier schießen meines Erachtens die Länder über das Ziel hinaus. Beispielsweise müssten nach dem ersten Entwurf Betreiber von Webseiten, auf denen Dritte Inhalte erstellen können – etwa Kommentare in einem Blog – nachweisen, dass die jugendgefährdende Inhalte zeitnah entfernt werden. Zudem werden Webhoster und Service Provider für die Inhalte ihrer Kunden verantwortlich gemacht.

Die Länder sind gut beraten, sich noch einmal genau zu überlegen, wer welche Pflichten im Netz haben soll. Anbieter ist nicht gleich Anbieter. Wenn Zugangs- und Hostprovider künftig die Regelungen zum Jugendschutz genauso umsetzen müssen, wie die Anbieter von Inhalten im Netz, dann würde das Internet weit mehr reglementiert als mit dem hoch umstrittenen "Zensursula"-Gesetz. Meine Pressemitteilung dazu ... <http://bit.ly/ajpR5v>

#### **\*N24: Nachrichten sind wichtig!\***

In meiner Rolle als medienpolitische Sprecherin habe ich mich mit VertreterInnen des Redaktionsausschusses von N24. Ich bin überzeugt: Rundfunk ist keine Ware wie jede andere, sondern dient der Willens- und Meinungsbildung. Da der Markt diese Aufgabe offenbar nicht von alleine regelt, brauchen wir eine Diskussion über den Informationsauftrag der privaten Sender.

Meine Pressemitteilung dazu... <http://bit.ly/abqbUV>

Der Blog des N24 Redaktionsausschusses... <http://bit.ly/8FQEx>

#### **\*4. \*\*Vor Ort: Rheinland-Pfalz\***

##### **\* Kampf um Solarförderung\***

Die schwarz-gelbe Regierung hat gleich in ihren ersten 100 Tagen klar gemacht, wo sie steht: pro Verlängerung AKW-Laufzeiten und ungeminderte Gewinne der Energieriesen, contra Schutz der Zuwendungen für Erneuerbare Energien. In meinem Wahlkreis ist ein Unternehmen betroffen, das mit der Mainzer Identität unmittelbar verbunden ist: Schott. Der Konzern müsste an seinem Stammsitz 100 Stellen streichen, bundesweit insgesamt 1200, wenn die Bundesregierung, wie angekündigt, die Förderung für Solarstrom drastisch senkt.

Ich habe eine Veranstaltung des VDI bei Schott zu dem Thema besucht und in einem Offenen Brief die Minister Norbert Röttgen (Umwelt) und Rainer Brüderle (Wirtschaft) aufgefordert, ihre arbeitsplatz-gefährdende Politik zu ändern. Der offene Brief... <http://bit.ly/9H50Xw>

### **\*Erster grüner Bürgermeister\***

\* \*

Es gibt auch gute Nachrichten aus Mainz: Günter Beck ist als erster GRÜNER zum Mainzer Bürgermeister gewählt worden, der Diplompädagoge übernimmt zudem das Amt des Finanzdezernenten. Die Zusammenarbeit mit ihm habe ich immer als fruchtbar empfunden. Dass er neben dem Amt des Bürgermeisters auch die Aufgabe des Finanzdezernenten übernehme, spricht für seinen Charakter, denn das ist angesichts des Mainzer Haushalts keine dankbare Aufgabe.

### **\*Wahl des Verbandsbürgermeisters in Edenkoben\***

Am 7. März wählen die Menschen in Edenkoben einen Verbandsbürgermeister – wenn's gut geht einen neuen. Denn gegen den Amtsinhaber Olaf Gouasé (CDU) tritt Reinhard Metz an.

Mit einer Veranstaltung zum Thema „Kinder und Jugend“ habe ich Reinhard im Wahlkampf mit unterstützt. Reinhard nutzte die Gelegenheit, um seine Wahlkampfthemen vorzustellen: Nachhaltiges Wirtschaften, Ausbau Erneuerbarer Energien in der Gemeinde oder Ausbau der Kinderhort-Kapazitäten.

\*5. \*\*Zu guter Letzt...\*

...möchte ich Euch gerne zum politischen Aschermittwoch in Koblenz einladen, bei dem ich eine Rede halten würde. Ich freue mich, viele von Euch dort wiederzusehen!

Politischer Aschermittwoch in Koblenz am 17. Februar 2010 im Circus Maximus, Stegemanstraße 30, 56068 Koblenz um 17 Uhr.

-----

Impressum:

Tabea Rößner MdB

Medienpolitische Sprecherin, B'90/ Die Grünen

Unter den Linden 50

10117 Berlin

Tel: 030 227 71697

Fax: 030 227 76296

[tabea.roessner@bundestag.de](mailto:tabea.roessner@bundestag.de) <<mailto:tabea.roessner@bundestag.de>>  
[www.tabea-roessner.de](http://www.tabea-roessner.de)